

Ökonom Keuschnigg: „Der Widerstand ist schon sichtbar“



Bild: (c) APA/ROLAND SCHLAGER (ROLAND SCHLAGER)

Sozialstaat und Steuersystem sind zu kompliziert und undurchsichtig, sagt der Ökonom Christian Keuschnigg. Das – und die hohen Steuern – sorgen für wachsenden Unmut in der Bevölkerung.

04.11.2015 | 18:34 | Nikolaus Jilch (Die Presse)

Die Presse: Was muss geschehen, um den Sozialstaat wieder fit zu machen?

Christian Keuschnigg: Man muss den Sozialstaat und die Sozialversicherungen transparenter gestalten. Die Versicherung ist ja eine selbst erworbene Leistung. Man zahlt Beiträge und erhält eine Leistung. Das muss auch klar so dargestellt werden – getrennt von den übrigen Teilen des Sozialstaats.

Das geschieht bisher nicht?

Es sind einfach viele Aspekte eingebaut, die Sozialstaat und Sozialversicherung vermischen. Das führt zu Problemen. Die Menschen wissen nicht mehr, was ein erworbener Anspruch – und was ein Beitrag für die Allgemeinheit ist. Das heißt aber auch, dass ich nicht genau ermitteln kann, wie und wo genau umverteilt wird. Wir müssen wissen, wann Ansprüche aufhören – und wo die Umverteilung beginnt. Auch der einzelne Steuerzahler weiß heute nicht, wo er steht.

Ist die Steuerreform ein Schritt in die richtige Richtung?

Eine grundlegende Systemreform war das nicht. Aber es war notwendig, um die durch die kalte Progression automatisch wachsende Steuerbelastung wieder zu entschärfen.

Die Leute landen oft in höheren Steuerstufen, weil sie mehr verdienen. Aber an der Bemessungsgrundlage für die Steuerstufen ändern sich nichts. Derzeit ist es so: Wenn die Einkommen um ein Prozent steigen, dann steigen die Steuereinnahmen um 1,7 Prozent.

Gleichzeitig gibt es viele Ausnahmen und Begünstigungen.

Ja, durch Ausnahmen und Schlupflöcher entgehen dem Staat rund 35 Prozent des möglichen Steuereinkommens durch die Lohnsteuer. Dazu gibt es Berechnungen. Das sind die Folgen einer Politik, in der durch Ausnahmen für gewisse Gruppen versucht wird, die eigenen Wähler zu bevorteilen.

Ist dieser Sozialstaat überhaupt noch langfristig umsetzbar?

Die größte Herausforderung ist die Alterung. Und die Arbeitslosigkeit, die inzwischen problematische Dimensionen erreicht hat in Österreich. Die Alterung ist an sich ja ein Segen: Wir leben länger, weil die Gesundheitsversorgung besser ist als früher. Aber für den Sozialstaat ist sie ein Problem. Vor allem dann, wenn das Pensionsantrittsalter nicht nach oben angepasst wird. Das wäre eigentlich die einzige Möglichkeit, die Alterssicherung in dieser Form aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus hat der Staat auch die Aufgabe umzuverteilen.

Hat er das? Ist das nicht schon eine ideologische Aussage?

Nein, das würde jeder unterschreiben. Die ideologischen Grabenkämpfe gibt es zu der Frage, wie groß die Umverteilung ausfallen soll. Da gibt es viele Positionen. Und irgendwo muss der politische Prozess einen Kompromiss zustande bringen, den alle mittragen können. Wie richtige Umverteilung aussieht, das kann die Ökonomie nicht beantworten – das ist eine weltanschauliche Frage.

Sind hohe Steuern eigentlich ein Hindernis für die Wirtschaft?

Ja, zunächst schon. Man muss aber unterscheiden zwischen Steuern, für die man keine individuelle Gegenleistung erhält, und Beiträge für die Sozialversicherung. Steuern sind wesentlich leistungsfeindlicher als Beiträge, für die ich eine konkrete Gegenleistung bekomme.

Wäre die Flat Tax eine Alternative?

Die Flat Tax ist ein Trugschluss. Die Komplexität im Steuersystem kommt nicht von den Steuersätzen, sondern von der Art und Weise, wie wir das besteuerbare Einkommen ermitteln. All die Ausnahmen und Befreiungen machen das System komplex. Die werden auch nicht immer von allen in Anspruch genommen. Höhere Bildungsschichten kommen damit besser zurecht als untere. Wenn die Bemessungsgrundlage vereinfacht wird, wird auch das System vereinfacht. Danach

verschiedene Tarife anzuwenden, ist kein Problem für die Finanzbeamten. Man könnte aber damit anfangen, das 13. und 14. Gehalt normal zu besteuern – und im Gegenzug die Gesamtsteuerbelastung um vier Prozentpunkte senken.

Sehen Sie politischen Willen zu solchen Schritten?

Nein, leider nicht. Die Politik will Vergünstigungen verteilen, um bestimmten Gruppen erkennbare Vorteile zu verschaffen. Sie will für ihre Wähler da sein. Aber die Bürger werden immer unruhiger.

Der Widerstand ist schon sichtbar. Die Schattenwirtschaft nimmt stark zu – und hat inzwischen besorgniserregende Ausmaße erreicht. Das ist Steuerwiderstand. Auch die Debatte über die Gegenfinanzierung der Steuerreform hat das gezeigt. Da wurde lang und breit über neue Begünstigungen und Ausnahmen debattiert. Woran liegt das? Daran, dass bei so hohen Steuersätzen Ausnahmen wirklich viel bringen. Und die wachsende Steuerbelastung verstärkt den Ruf nach Begünstigungen. Jeder meint, er zahlt inzwischen zu viel.

ZUR PERSON

Christian Keuschnigg (56) ist Ökonom und unterrichtet an der Universität St. Gallen in der Schweiz. Der Tiroler war von 2012 bis 2015 Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS). Keuschnigg ist heute auch Wiener Direktor des Wirtschaftspolitischen Zentrums (WPZ).

Am Mittwoch war Keuschnigg der Keynote-Redner bei der neuen Diskussionsreihe „Club 20 – Zukunftsfragen 2060“ in Wien. Thema: „Pensionssysteme im Wandel“. ("Die Presse", Print-Ausgabe, 05.11.2015)